

Politikberatung soll keine Politik machen

Gert G. Wagner zum Balanceakt, Forderungen der Volkswirte umzusetzen

Das Eingeständnis fällt schwer, ist aber notwendig: Auch die Wirtschaftsforschung weiß keine Antwort auf die Frage, was der beste Weg ist, die wirtschaftliche Integration Europas voranzutreiben. Es ist geboten, dies offen zuzugeben – selbst auf die Gefahr hin, dass Öffentlichkeit und Steuerzahler fragen, wozu sie dann überhaupt Wirtschaftsforschungsinstitute finanzieren.

Die Volkswirte-Zunft hat die Öffentlichkeit in diesem Sommer ohnehin verwirrt: Zur europäischen Finanzkrise gab es keine einheitliche Aussage, sondern sage und schreibe drei unterschiedlich ausgerichtete öffentliche Stellungnahmen von Volkswirtschafts-Professoren. Zu den Unterzeichnern zählten auch Chefs von Wirtschaftsforschungsinstituten in der Leibniz-Gemeinschaft; sie unterstützten nicht einen, sondern unterschiedliche Aufrufe. Leitende Mitarbeiter des DIW Berlin meldeten sich bei zwei verschiedenen Appellen zu Wort. Insgesamt beteiligten sich fast 500 Volkswirte an den Aufrufen.

Volkswirte sollten jedoch nicht versuchen, durch Aufrufe Politik zu machen. Sie sollten die Politik nur beraten – und beachten, dass der Wirtschaftsforschung bei der wissenschaftlichen Politikberatung Grenzen gesetzt sind.

Zum einen können, wie die Aufrufe zeigen, verschiedene Volkswirte bei der Beurteilung (wirtschafts-)politischer Maßnahmen zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Das ist aber nicht etwa überraschend, sondern unvermeidbar. Auch

Volkswirte legen ihren Analysen (oft implizit) unterschiedliche Werte zugrunde, vertreten politische Meinungen und streben unterschiedliche Ziele an. Sie sollten diese deshalb transparent machen.

Zum Zweiten sind großangelegte Experimente, mit denen wirtschaftspolitische Maßnahmen systematisch getestet werden könnten, bei der Analyse der Wirtschaft in der Regel nicht möglich – anders als etwa in der Pharmaforschung. Zwar gibt es jede Menge wirtschaftspolitische Experimente, aber nahezu immer fehlt eine „Kontrollgruppe“, mit der eine „Treatment-Gruppe“ verglichen werden könnte. Mit diesem Problem steht die Volkswirtschaftslehre nicht alleine da: Es ist auch

Volkswirte sollten nicht versuchen, durch Aufrufe Politik zu machen

in anderen Disziplinen – etwa der Medizin – extrem schwierig, aus bloßen Korrelationen Kausalaussagen abzuleiten. Insofern ist bei komplizierten Problemen Streit über den empirischen Befund nicht überraschend, sondern geradezu geboten. Zugespitzte Forderungen beleben die Diskussion; es wäre aber schlimm, wenn sie ohne einen demokratisch legitimierten Entscheidungsprozess eins zu eins umgesetzt würden.

Schließlich wird Wirtschaftsforschung über den europäischen Einigungsprozess dadurch be-

grenzt, dass es so gut wie keine historischen Vorbilder gibt für die Probleme einer Währungsunion in einer zwar eng, aber nicht vollständig verflochtenen Wirtschaftsregion. Diese wird zudem von bislang unbekanntem Gefahren geprägt, die vom modernen Banken- und Finanzsystem ausgehen. Deshalb sollte die Wirtschaftsforschung auch nicht behaupten, sie wisse eindeutig, was für den weiteren europäischen Einigungsprozess oder für Deutschland die beste Strategie sei.

Die öffentlich finanzierten und qualitätsgeprüften Leibniz-Wirtschaftsforschungsinstitute spielen eine spezielle Rolle. Sie bieten forschungsbasierte Politikberatung an, die – zumindest über alle Institute hinweg gesehen – auch paradigmatisch nicht verengt ist. Dadurch vermitteln die Institute der Öffentlichkeit wichtige Einsichten – bieten aber keine Patentrezepte an. Wer über diese Art der Politikberatung hinaus Politik machen will, der kann und soll dies als Einzelperson tun.

Die Trennung von Politikberatung und Politik ist keineswegs einfach, man denke nur an die öffentliche Wirkung von Kommentaren, die Institutsmitarbeiter für Zeitungen schreiben. Umso wichtiger ist es, dass in den Instituten Politikberatung und Politik transparent auseinandergehalten werden. ■

AUTOR



Prof. Dr. Gert G. Wagner ist Vorstandsvorsitzender des DIW Berlin, Lehrstuhlinhaber für Empirische Wirtschaftsforschung und Wirtschaftspolitik an der TU Berlin sowie Max Planck Fellow am MPI für Bildungsforschung, Berlin.